

„Al Qaida“, eine transnationale...

„Al Qaida“, eine transnationale Terrororganisation im Wandel

Von Dr. Helmut Albert*,
Direktor des saarländischen Landesamtes für Verfassungsschutz

1. Einleitung

Wirtschaftsunternehmen sind gezwungen, auf neue Produktionsmethoden, technische Entwicklungen, verändertes Kundenverhalten und auf den Druck der Konkurrenz durch ständige Anpassung und Neuausrichtung zu reagieren. Solche von den Unternehmen selbst angestoßenen, weitreichenden Anpassungen an veränderte Marktbedingungen, die über bloße innerorganisatorische Veränderungen hinausgehen, werden als „Organisationsentwicklung“ bezeichnet.¹

Organisationsentwicklungen lassen sich jedoch nicht nur bei Wirtschaftsunternehmen und Verwaltungen, sondern auch bei Terrororganisationen feststellen: Auch Terrororganisationen müssen auf ein verändertes Umfeld – so z. B. neue Fahndungsmethoden der Sicherheitsbehörden, bestimmte Erwartungen im Sympathisantenumfeld, vorsichtige Verhandlungsangebote des angegriffenen Staates – reagieren, wenn sie ihre politische Ziele erreichen oder ihre Zerschlagung verhindern wollen.² Für transnationale Terrororganisationen mit besonders weitreichender Zielsetzung und globalem Aktionsfeld wie „Al Qaida“ gilt dies in besonderem Maße.

Sicherheitsbehörden dürfen Organisationsentwicklungen von Terrorgruppen nicht außer Acht lassen: Ihre Bekämpfungsmaßnahmen gehen sonst ganz oder zumindest teilweise ins Leere; neue Bedrohungen können gar nicht erst erkannt werden.

Analysiert man die Terrororganisation „Al Qaida“, stellt man mehrere markante Entwicklungsstadien fest. Eine bedeutsame Veränderung, die nach dem 2. Afghanistankrieg im Jahre 2001 erfolgte, scheint von manchen Beobachtern noch gar nicht richtig wahrgenommen worden zu sein – mit möglicherweise fatalen Folgen für die innere Sicherheit Europas.

2. Islamismus und Jihadismus

Der von „Al Qaida“ ausgehende Terrorismus ist nur verständlich, wenn man seine ideologischen Wurzeln – den Islamismus – betrachtet.³ Keinesfalls dürfen Islamismus, der eine Erscheinungsform des politischen Extremismus darstellt, und die Religion des Islam gleichgesetzt werden. Zwar enthält der Koran, das „Heilige Buch“ der Muslime, das die Offenbarungen des Religionsstifters und Propheten Mohammed zusammenfasst, nicht nur religiöse Inhalte, sondern auch Ordnungsvorschriften für das gesellschaftliche Zusammenleben und den staatlichen Aufbau. Hieraus entwickelten die Islamisten eine politische Doktrin, die für sich absolute Wahrheit in Anspruch nimmt sowie den Werten der Aufklärung und Demokratie diametral entgegensteht. Auch wenn die Islamisten ihre Forderungen mit religiösen Versatzstücken, die aus dem ursprünglichen Zusammenhang gerissen werden, untermauern, handelt es sich nicht um religiöse, sondern politische Inhalte.

Noch stellen die Islamisten zumindest in Deutschland nur eine Minderheit unter den hier lebenden ca. 3,3 Millionen Muslimen: Die 24 hier aktiven islamistischen Organisationen kommen auf rund 31.000 Mitglieder⁴. Entgegen einem weit verbreiteten Vorurteil ist der Islamismus auch nicht zwingend mit der islamischen Religion verbunden, sondern eine vergleichsweise neue Erscheinung: Er entstand vielmehr erst am Anfang des letzten Jahrhunderts vor allem als Reaktion auf die westliche Kolonialisierung und die deshalb empfundene Unterdrückung der islamischen Welt.

Für viele strenggläubige Muslime hat Gott, als er Mohammed die Offenbarungen des Korans sandte, die „Vorgängerreligionen“ Judentum und Christentum „aufgehoben“; nach dieser Lesart hat Gott selbst den Muslimen „den letztgültigen Glauben“ offenbart und sie vor allen anderen Religionen ausgezeichnet. Mit dieser Überzeugung lässt sich allerdings schwer



vereinbaren, dass die islamische Welt – nach einer Blütezeit im frühen Mittelalter – heute wirtschaftlich, wissenschaftlich, militärisch und technologisch der (ungläubigen) westlichen Welt hoffnungslos unterlegen ist. Die Islamisten sehen die Ursache für diesen Widerspruch darin, dass die Staaten der islamischen Welt den von Gott vorgegebenen Weg verlassen haben. Den Ausweg aus dieser Misere soll die Verwirklichung der folgenden politischen Ziele weisen:

- Zurückdrängung der kulturellen und westlichen Einflüsse in der islamischen Welt und strenge „Reislamisierung“

Die westliche Welt gilt den Islamisten als „verderbt“ und „moralisch verkommen“. Ihr Niedergang ist deshalb nach ihrer Ansicht unausweichlich. Die islamische Welt, die sich von dieser Verderbtheit hat anstecken lassen, müsse sich von den schlechten Einflüssen des Westens reinigen.

- Errichtung von „Gottesstaaten“

Der Koran und das islamische Rechtssystem gelten als endgültig, da sie nach Auffassung der Islamisten von Gott selbst geschaffen wurden und daher der Abänderung durch den Menschen nicht zugänglich sind.

Nach Auffassung der Islamisten müssen daher die Staaten in der islamischen Welt nach den im Koran enthaltenen Vorschriften für die Staatsführung reorganisiert werden; die Scharia, das islamische Rechtssystem, ist als verbindlich einzuführen.

Nach Vorstellung der Islamisten ist Gott selbst Souverän eines islamischen Staates: Alle Gesetze und alle Staatsgewalt müssen von ihm ausgehen und sich nach den von ihm offenbarten Regeln ausrichten.⁵ Die in der Tradition der Aufklärung entstandene Lehre von der Souveränität des Volkes und der Gesetzgebung durch von Menschen geschaffene Institutionen ist in den Augen der Islamisten Häresie.

An der Spitze eines solchen islamischen Gottesstaates muss nach islamistischer Sichtweise ein frommer Muslim stehen, dessen Berufung es wäre, in der jeweiligen politischen Situation den Willen Gottes zu ergründen. Dabei unterstützt würde er durch die „Schura“, eine Gruppe frommer Muslime, die ihm allerdings nur beratend zur Seite stehen könnten.

Demokratie und demokratische Entscheidungsfindung ist nach Überzeugung der Islamisten deshalb mit dem Islam grundsätzlich unvereinbar. Bei einigen islamistischen Gruppierungen gilt sogar der Gang zur Wahlurne als Abfall vom Glauben. Dieses Denken steht hinter der Internetbotschaft, mit der der im Irak operierende islamistische Terrorist Abu Musab al-Sarkawi im Vorfeld der dortigen Parlamentswahlen am 30. Januar 2005 einen „erbitterten Krieg gegen das sündige Prinzip der Demokratie und gegen alle, die diese falsche Ideologie unterstützen“ ankündigte.⁶

Legt man diese strengen Maßstäbe an, gibt es nach der Zerschlagung des Taliban-Systems derzeit keinen Staat in der islamischen Welt, der diesen Grundsätzen gerecht wird: Selbst die 1979 von Khomeini gegründete „Islamische Republik Iran“ kennt Wahlen und parlamentarische Gesetzgebung, so dass sie trotz des häufig gebrauchten Beinamens „Gottesstaat“ von Islamisten nicht als solcher anerkannt werden kann.

- Vereinigung der säkularen Nationalstaaten der islamischen Welt unter einheitlicher Federführung

Die Idee des „Nationalstaates“ ist dem islamischen Denken fremd, das nur die „Umma“, die Gemeinschaft der Gläubigen, kennt. Deshalb werden die auch in der islamischen Welt existierenden Nationalstaaten häufig als eine „westliche Erfindung“ angesehen, die dazu dient, mittels willkürlicher Grenzziehungen, die häufig auf die früheren Kolonialmächte zurückgehen, die islamische Zivilisation zu zersplittern und zu unterdrücken. Diese Grenzen sollen überwunden und die schon entstandenen „Gottesstaaten“ unter einheitlicher Führung zusammen gefasst werden, damit die islamische Zivilisation sich wieder zu einem bestimmenden Faktor in der Welt entwickeln kann.

Es finden sich allerdings kaum Aussagen, wie Gottesstaaten tatsächlich die bestehenden Probleme in der islamischen Welt lösen und das Leben der Muslime verbessern sollen; auch ist völlig unklar, wie eine „islamische Ordnung“ aussehen soll, mit der die säkular geprägte Völkerrechtsordnung abgelöst werden soll. Es scheint die Einstellung vorzuherrschen, dass alle Probleme sich von selbst lösen, sobald die von Gott gewollte Ordnung hergestellt ist; politische Programme werden deshalb weitgehend für entbehrlich gehalten.

Die ganz große Mehrheit der Islamisten will diese Ziele auf friedlichem Wege erreichen: Sie gründen Parteien, mit denen sie die Wahlen in ihren Heimatstaaten gewinnen wollen, um diese nach einem Wahlsieg in „Gottesstaaten“ zu verwandeln; zum anderen unterhalten sie karitative Organisationen und Schulen, um ihre Basis zu verbreitern und sich als eine Bewegung darzustellen, die das Wohl der Allgemeinheit besser im Auge hat als die derzeitigen Regierungen.

Einer kleinen, besonders radikalen Minderheit innerhalb des islamistischen Spektrums dauert der Weg der friedlichen Systemveränderung jedoch zu lange: Sie versuchen, ihre Ziele mit Waffengewalt zu erreichen. Diese militanten Islamisten sind der festen Überzeugung, dass der „Jihad“ gegen die „vom wahren Glauben abgefallenen Regierungen“ in der islamischen Welt eine muslimische Pflicht sei⁷. Anfang der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts begannen die militanten Islamisten auch in der „ungläubigen“ westlichen Welt ein Feindbild zu sehen: Der erste Golfkrieg, den im Jahr 1991 eine internationale Allianz unter Führung der USA gegen den Irak geführt hat, gilt unter Islamisten als Fortsetzung der andauernden Angriffe des Westens auf die islamische Welt, die schon mit den Kreuzzügen des Mittelalters begonnen haben. Dass die USA nach Kriegsende militärische Basen in Saudi-Arabien, also auf „heiligem Boden“, einrichteten, bestärkte diese Vorstellung von einer Okkupation durch den Westen.

Der Angriff auf Afghanistan in der Folge der Attentate vom 11. September 2001 und die anschließende Besetzung des Landes, der zweite Krieg gegen den Irak im Jahr 2004 und dessen fortdauernde Besetzung sowie wiederholte Drohungen der USA gegen den Iran verstärken bei den Islamisten den Eindruck, die westlichen „Kreuzzügler“ versuchten nun endgültig, die islamische Welt zu unterwerfen und zu beherrschen. Nach Auffassung der militanten Islamisten ist daher der bewaffnete Kampf der einzig denkbare Ausweg.

So heißt es in der Einleitung eines im Internet verfügbaren Handbuchs „Militärische Studien im Jihad gegen die Tyrannen des Landes“: „Die Konfrontation zwischen dem Islam und ungläubigen Regimen kennt keine sokratischen Debatten, keine platonischen Ideale oder aristotelische Diplomatie. Aber sie kennt den Dialog der Waffen, die Ideale der Attentate, das Bombenlegen, die Zerstörung und die Diplomatie der Kanonen und Maschinengewehre.“⁸

Die bekannteste islamistische Terrororganisation, die diese militante Strategie mit absoluter Konsequenz verfolgt, ist „Al Qaida“.

3. „Al Qaida“ - eine transnationale Terrororganisation

Erst mit den Terroranschlägen am 11. September 2001, als Terroristen mit entführten Flugzeugen erfolgreich das World-Trade-Center sowie das US-Verteidigungsministerium angriffen und dabei Tausende in den Tod rissen, wurde die Organisation „Al Qaida“ („Die Basis“) einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Ihr Gründer und Führer, der Saudi Usama Bin Laden, wurde für Viele zur Verkörperung des Bösen schlechthin. Auch Deutschland musste erkennen, dass es vom weltumspannenden Netz der Terrororganisation betroffen war: Vier der maßgeblichen Täter hatten in Hamburg gelebt.

Terrororganisationen - auch islamistisch ausgerichtet - gibt es viele und hat es auch schon vor „Al Qaida“ gegeben. Was also ist das Besondere gerade an dieser Organisation, dass der amerikanische Präsident nach den Anschlägen vom 11. September 2001 sogar den „Krieg gegen den Terrorismus“⁹ ausrief und mit den militärischen Mitteln einer Supermacht den „islamischen Gottesstaat“ Afghanistan angriff,

der Bin Laden Unterschlupf gewährte?

Die bisher bekannten islamistisch ausgerichteten Terrororganisationen¹⁰ verfolgten oder verfolgen lokal begrenzt Ziele: Ihr Anliegen war oder ist die Abschaffung der staatlichen Systeme in ihren jeweiligen Heimatländern oder deren Befreiung von „Fremdherrschaft“; Ziel ist es, an ihrer Stelle islamistisch ausgerichtete „Gottesstaaten“ zu errichten. Dies bestimmt auch ihre Zusammensetzung: Sie rekrutierten oder rekrutieren ihr Personal in aller Regel vor Ort und bestehen daher fast immer aus Angehörigen einer bestimmten Nationalität. Lokal begrenzt waren und sind auch ihre Operationsgebiete, die ebenfalls fast ausschließlich auf dem Gebiet des Staates liegen, in dem sie mit Gewalt eine bestimmte islamistische Zielsetzung verfolgen. Sollten sie ausnahmsweise auf fremdem Hoheitsgebiet agieren, ist Angriffsziel in aller Regel eine Einrichtung oder ein Repräsentant des Heimatstaates¹¹.

„Al Qaida“ ist dagegen eine Terrororganisation völlig neuen Typs, die die regionale Begrenztheit in jeder Hinsicht hinter sich gelassen und daher zu Recht als „transnational“ bezeichnet werden kann. „Al Qaida“ rekrutiert sich aus Islamisten unterschiedlicher Nationalität und Herkunft; die Organisation hat nicht nur den Kampf gegen die „ungläubigen“ Regierungen in den Staaten der islamischen Welt aufgenommen, sondern richtet ihre Aktionen darüber hinaus allgemein gegen „den Westen“ – die USA, die mit ihnen verbündeten Staaten Europas und Israel –¹², die nach Auffassung ihres Gründers Osama Bin Laden der Errichtung einer weltweiten „islamischen Ordnung“ im Wege stehen. Diese Auseinandersetzung wird nicht nur auf islamischem Boden geführt, sondern mit weltweiten Terroranschlägen von großer Dimension in die Staaten des Westens hineingetragen. Durch den gezielten Einsatz von Propaganda und die geschickte Nutzung moderner Kommunikationsmittel versucht „Al Qaida“, einerseits bei der Bevölkerung des Westens Angst und Schrecken zu erzielen, andererseits in der islamischen Welt neue Anhänger zu gewinnen und Spenden zu werben. Deshalb ist auch die Finanzierung der Organisation global angelegt: Neben dem umfangreichen Vermögen des Organisationsgründers Bin Laden finanzierte sich „Al Qaida“ jedenfalls bis zu ihrer Vertreibung aus Afghanistan durch Spenden, die von Anhängern aus der gesamten Welt geleistet wurden; auch Gewinne aus kriminellen Aktivitäten wurden dabei nicht verschmäht.

Obwohl „Al Qaida“ Strukturen in einer Vielzahl von Staaten unterhält, ist die Organisation nur in ihrem Kern hierarchisch aufgebaut; ihre nahezu weltweite Handlungsfähigkeit erlangt sie über eine Vielzahl von Zellen, die nur lose und meist nach dem Zufallsprinzip miteinander vernetzt sind.

An der Spitze der Kernorganisation, deren Aufbau wohl nicht zufällig an den des islamischen „Gottesstaates“ erinnert, steht ihr Gründer, der „Emir“ Bin Laden. Unterstützt wird er in seiner Leitungsfunktion durch einen „Schura“-Rat, der von wenigen vertrauenswürdigen Personen gebildet wird. Unterhalb dieser Ebene existieren vier „Stabsabteilungen“, in denen größere Terroranschläge geplant und finanziert werden sowie die theologische und propagandistische Einflussnahme auf die Anhänger organisiert wird.¹³

„Al Qaida“ hat in der Vergangenheit vor allem in Afghanistan eine Reihe von Ausbildungslagern unterhalten, in denen die Anhänger religiös-ideologisch unterwiesen, militärisch oder terroristisch geschult wurden. Einige Zehntausend Personen aus über 50 Staaten haben an derartigen Ausbildungen teilgenommen.¹⁴

Die in ihre Herkunftsländer zurückgekehrten Teilnehmer an diesen Ausbildungskursen bilden gemeinsam mit islamistischen Veteranen aus den Kämpfen in Afghanistan, in Algerien, in Tschetschenien, im ehemaligen Jugoslawien oder demnächst im Irak die von Al Qaida beeinflussten Terrorzellen in der arabischen und in der westlichen Welt. Diese Terrorzellen dienen einmal als logistische Basis für die von der Kernorganisation geplanten Anschläge größerer Dimension; sie können allerdings auch eigenständig Anschläge planen und durchführen, solange deren Zielrichtung mit der von „Al Qaida“ vorgegebenen Intention übereinstimmt.

Da die Kontakte zwischen den einzelnen Zellen eher zufällig, meist auf Grund persönlicher Bekanntschaften bestehen, bleibt das Netzwerk in der Regel auch dann intakt, wenn eine solche Zelle enttarnt wird.

Eine Koordination dieses weitgehend unstrukturierten Netzwerks von Terrorzellen erfolgte über „Gebietsrepräsentanten“, die von „Al Qaida“ entweder gezielt entsandt oder als Ansprechpartner und Kontaktstellen bekannt geworden sind.¹⁵

Neben seiner Zellenorganisation kann sich „Al Qaida“ bei Vorhaben auch auf die Infrastruktur verbündeter Terrororganisationen abstützen.

Mit den von „Al Qaida“ begangenen Attentaten sowie den von ihr herausgegebenen und über Medien oder Internet verbreiteten Botschaften übt die Organisation auch auf andere, nicht zum eigenen Netzwerk gehörende gewaltbereite Islamisten einen großen und nicht zu unterschätzenden Einfluss aus: Sie motiviert diese so genannten „non-aligned Mujaheddin“ zu Anschlägen und gibt die Zielrichtung vor.

4. Vier Phasen der Organisationsentwicklung

Untersucht man „Al Qaida“ von seiner Gründung bis heute, so wird man feststellen, dass die Organisation nicht immer die selben Zielsetzungen verfolgt und nicht immer über die selben Handlungsoptionen und den selben Aktionsrahmen verfügt hat. Insgesamt lassen sich vier markante Phasen der Entwicklung von „Al Qaida“ feststellen:

- Gründungsphase

„Al Qaida“ wurde von Osama Bin Laden 1988 im ersten Afghanistankrieg gegründet. Ziel der Organisation war es damals, den Freiheitskampf gegen die „ungläubigen russischen Besatzer“ finanziell, personell und logistisch zu unterstützen. Hierzu warb die Organisation Kämpfer in den Staaten der islamischen Welt an, brachte sie nach Afghanistan, bildete sie aus, versorgte sie mit Waffen und unterstützte ihren Kampf vor allem in finanzieller Hinsicht.

- Phase der Neuorientierung

Nach dem Ende des Afghanistankrieges kehrte Bin Laden 1990 in seine Heimat Saudi-Arabien zurück. Obwohl „Al Qaida“ mit der Vertreibung der russischen Besatzer ihre ursprüngliche Zweckbestimmung verloren hatte, wurde die Organisation nicht aufgelöst. Als Saddam Hussein Kuwait überfiel und besetzte, bot Bin Laden den saudischen Herrschern an, mit seinen kampferprobten „Mudjahedin“ die irakischen Invasoren zu vertreiben. Dieses Angebot wurde nicht angenommen; statt dessen rief Saudi-Arabien eine Koalition aus „Ungläubigen“ unter der Führung der USA ins Land. Nach deren Sieg über den Irak gestatteten die saudischen Herrscher den USA, Militärbasen auf „heiligem islamischen Boden“ zu errichten¹⁶. Bin Laden geriet dadurch zum einen in Frontstellung zu den Machthabern in seiner Heimat, die ihm durch ihr Verhalten als „unislamisch“ erscheinen mussten; zum anderen verlangte er, die amerikanischen Truppen müssten sich aus Saudi-Arabien zurückziehen.

Damit hatte „Al Qaida“ wieder ein neues Ziel: Die Vertreibung der Amerikaner aus dem islamischen Kernland und die Errichtung eines „Gottesstaates“ anstelle des jetzigen saudischen

Regimes. Zur Erreichung dieses – zunächst noch regional begrenzten – Zieles begann „Al Qaida“ zunächst in Saudi-Arabien und – nach der auf Druck der USA erfolgten Vertreibung Bin Ladens – im Sudan mit der Werbung und Ausbildung neuer Kämpfer; erste Terroranschläge in der Region wurden geplant und durchgeführt.

- Weltweiter Jihad

1995 musste Bin Laden auf Druck der USA auch den Sudan verlassen und kehrte nach Afghanistan zurück. Hier erfolgte die Wandlung von einer Organisation mit regional begrenzter Zielsetzung und lokalem Operationsgebiet zu der bereits beschriebenen transnationalen Terrororganisation, die ihre Basis durch Bündnisse mit anderen Terrororganisationen in Nordafrika und Asien verbreiterte und nun den weltweiten Kampf gegen den Westen unter Führung der USA aufnahm. Bin Laden ist davon überzeugt, dass er

der islamischen Sache zum Durchbruch verhelfen kann, wenn es ihm gelingt, nach der Sowjetunion auch die letzte noch verbliebene Supermacht und Führungsmacht des Westens, die USA, zu schlagen.¹⁷

Zur Erreichung dieses neuen und weit gesteckten Ziels nahm „Al Qaida“ einen weltweiten Terrorkrieg gegen die USA auf. Hier seien nur die wichtigsten Anschläge genannt:

1993 Autobombenanschlag auf das World Trade Center,

1995 Autobombenanschlag auf US-Soldaten in Riad,

1996 Terroranschlag auf US-Soldaten in Dachran,

1998 Sprengstoffanschläge auf die US-Botschaften in Nairobi und Dar-
ressalam,

2000 Anschlag auf den US-Zerstörer „Cole“ in Aden und

2001 Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon.

Aus diesen Anschlägen lassen sich mehrere Schlussfolgerungen ableiten: Die von „Al Qaida“ verübten Anschläge haben mit dem Lauf der Jahre an Professionalität gewonnen und erreichten eine zunehmende Dimension an Schäden und Menschenopfern; die Abfolge der Anschläge erfolgte im Laufe der Jahre immer schneller. Dies lässt darauf schließen, dass „Al Qaida“ zumindest auf dem Höhepunkt ihrer Möglichkeiten die Kapazität besaß, drei bis vier Anschläge gleichzeitig zu planen und vorzubereiten. Daher muss davon ausgegangen werden, dass das Ziel des nächsten „Mega-Anschlages“, der mit hoher Wahrscheinlichkeit ebenfalls gegen US-amerikanische Interessen gerichtet ist, zum Zeitpunkt der Anschläge vom 11. September 2001 bereits feststand und die Planungen sich damals bereits in einem sehr weit fortgeschrittenen Stadium befanden. Wenn dieser Anschlag bis heute dennoch ausgeblieben ist, kann dies nur an äußeren, von der Organisation selbst nicht zu beeinflussenden Umständen liegen: Zum einen hat der Westen seine Abwehrmaßnahmen verstärkt; zum anderen hat der zweite Afghanistan-Krieg entscheidende Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit der Organisation gehabt.

- Von der Organisation zur Bewegung

Durch diesen Krieg wurde „Al Qaida“ ihre sichere Operationsbasis in Afghanistan genommen; die Ausbildung neuer Kämpfer in den dortigen Lagern wurde gestoppt. Die Organisation musste auf den Führungsebenen deutliche Verluste hinnehmen und zog sich in eine unwirtliche Bergregion in Pakistan, die so genannten „tribal-areas“, zurück.

Die USA und Pakistan halten den militärischen Druck auf die verbliebenen Reste der Organisation bis heute aufrecht, so dass sie ihre Operationsfähigkeit weitgehend verloren hat: Seitdem ist es nicht mehr zu einem von „Al Qaida“ geplanten und durchgeführten „Mega-Anschlag“ gegen westliche Interessen gekommen; die vielen seit 2002 durchgeführten Terroranschläge in Asien, Afrika und Europa gingen mit großer Wahrscheinlichkeit von regionalen Terrorgruppen oder -zellen aus. Dafür sprechen die Dimension der Anschläge, die bei weitem nicht an die Größenordnung des 11. September 2001 heranreichte, und die meist in der Region ansässigen Täter. Eine zentrale, von außen erfolgende Steuerung ist jedenfalls nicht erkennbar. Allenfalls kann eine (gelegentliche) logistische Unterstützung des von diesen regionalen Strukturen getragenen „Jihads“ gegen den Westen vermutet werden¹⁸.

Auffällig ist dagegen seit dem Jahr 2002 ein verändertes Kommunikationsverhalten von „Al Qaida“: Während „Al Qaida“ früher zu von ihr geplanten und durchgeführten Anschlägen keine Täterklärungen abgegeben oder eine Beteiligung sogar abgeleugnet hat, äußern sich

nunmehr Bin Laden oder sein Vertreter Al Zawahiri nach Anschlägen islamistischer Gruppierungen lobend und zustimmend; auch rufen sie die „Jugend des Jihad“ in aller Welt zu Anschlägen auf amerikanische, israelische und europäische Ziele auf. Auch Deutschland wurde in diesem Zusammenhang mehrfach ausdrücklich als Zielland genannt.

Damit hat „Al Qaida“ eine weitere Organisationsveränderung erfahren, die sich auf die Prognose künftiger Gefahren und deren Abwehr entscheidend auswirkt: Nachdem „Al Qaida“ offensichtlich die Fähigkeit verloren hat, in relativ kurzen Abständen selbst Anschläge größerer Dimension gegen westliche Interessen durchzuführen, ist es das neue Ziel der Organisation, mittels Erklärungen und Botschaften den weltweiten Jihad zu lenken und gewaltbereite Islamisten hierfür zu gewinnen. Diese werden nicht mehr wie früher in den Sudan oder nach Afghanistan verbracht, um dort für den Jihad ausgebildet zu werden. Die von „Al Qaida“ beeinflussten Personen bleiben vielmehr in ihrem bisherigen Umfeld und erwerben sich das für den Terrorkampf notwendige Wissen in „virtuellen Ausbildungslagern“, die die Organisation im Internet bereit hält.

Es wäre daher für die westlichen Staaten höchst gefährlich, wenn sie bei der Terrorabwehr zu sehr ihren Blick auf Gefahren richteten, die ihnen *von außen drohen*. Da „Al Qaida“ sich im Übergang von einer *Organisation* zu einer *Ideologie* befindet, werden die künftigen Risiken eher vor der eigenen Haustür entstehen und nicht ihren Ursprung irgendwo am Hindukusch haben.

Ein Beispiel für den Erfolg dieser neuen Strategie ist der Anschlag, der am 11. März 2004 auf die U-Bahn in Madrid verübt wurde. Die Urheber dieses Anschlages verfügten nach bisherigen Erkenntnissen über keine nachweisbaren Verbindungen zu „Al Qaida“. Soweit bekannt ist, gab es unter den Attentätern auch keine Personen, die ein Ausbildungslager durchlaufen oder als Kämpfer in Afghanistan, in Tschetschenien oder im ehemaligen Jugoslawien Erfahrung gesammelt hatten. Vielmehr scheinen die Terroristen selbst zu einer Gruppe zusammengefunden und sich das Know-how sowie die notwendigen Mittel für den Anschlag beschafft zu haben. Mit einer Verlautbarung vom 15. April 2004 begrüßte Bin Laden die Anschläge, die mit der Beteiligung Spaniens am Irakkrieg gerechtfertigt wurden. In einem „Ultimatum“ bot er den europäischen Staaten einen Waffenstillstand an und verlangte, binnen drei Monaten alle westlichen Soldaten aus *allen* muslimischen Ländern abzuziehen.¹⁹

Bin Laden, der mit seiner Organisation „Al Qaida“ keinen Einfluss auf die autonom ablaufenden Anschläge hat, vertraut offensichtlich darauf, dass alle von ihm beeinflussten Gruppierungen derartige Erklärungen respektieren. Er ist sich damit der Macht und Reichweite seiner Erklärungen voll bewusst.

Neben dieser „Katalysator“-Funktion für den islamistischen Terror wird „Al Qaida“ noch gelegentlich logistische Unterstützung für den „Jihad“ gegen den Westen leisten. Angesichts der hohen Planungstreue der Organisation ist auch davon auszugehen, dass sie weiter an der Planung und Vorbereitung neuer „Mega-Anschläge“ arbeitet und diese auch durchführen wird, sobald sich die Gelegenheit dazu ergibt.

5. Gefährdungsanalyse und Bekämpfungsansätze

Betrachtet man die Organisation „Al Qaida“ in ihren verschiedenen Entwicklungsstadien, so wird man feststellen, dass sich die von ihr ausgehende Bedrohung für den Westen jeweils unterschiedlich darstellt. Ebenso unterschiedlich sind die Bekämpfungsansätze zu sehen, mit denen diesen Bedrohungen begegnet werden kann.

In ihrer Gründungsphase stellte „Al Qaida“ keine Bedrohung für den Westen dar, weil ihre Tätigkeit ausschließlich gegen die sowjetischen Invasoren in Afghanistan gerichtet war. Von 1988 bis 1990 waren die Interessen der Organisation „Al Qaida“ und des westlichen Bündnisses unter Führung der USA deckungsgleich: Während des „Kalten Krieges“ lag es im Interesse der USA, die Sowjetunion in einen langen und verlustreichen Krieg verwickelt zu sehen; „Al Qaida“ wiederum musste deshalb in den USA einen potenziellen Verbündeten sehen, von dem

finanzielle und logistische Unterstützung erwartet werden konnte.

Während der Phase der Neuorientierung der Organisation nach dem ersten Irak-Krieg richtete sich die Bedrohung ausschließlich gegen die US-Streitkräfte in Saudi-Arabien, die „Al Qaida“ mit Anschlägen von dort vertreiben wollte. Die Bedrohung war daher punktuell und lokal; ihr konnte vor Ort mit verstärkten Schutzmaßnahmen, Aufklärung und repressiver Bekämpfung begegnet werden.

In der darauf folgenden Phase des weltweiten Jihads gegen die USA, Israel und die Staaten Europas richtete sich die Hauptbedrohung gegen die USA als die westliche Führungsmacht. Die genannten „Mega-Anschläge“ wurden in dem sicheren Hauptquartier in Afghanistan geplant und gesteuert; für die notwendige vorherige Erkundung und die Durchführung wurde teilweise auf die Zellenstruktur zurückgegriffen, die in Westeuropa, Afrika und Asien errichtet worden war.

Von daher ergab sich ein zweifacher Bekämpfungsansatz: Zum einen musste der Organisation die Operationsbasis in Afghanistan genommen und die weitere Ausbildung potenzieller Attentäter verhindert werden; außerhalb Afghanistans mussten die Maßnahmen der Sicherheitsbehörden auf das Netzwerk der Zellen konzentriert werden. Das erste Ziel wurde mit dem zweiten Afghanistan-Krieg erreicht. Diese militärische Option war notwendig und erfolgreich, da die Kette der „Mega-Anschläge“ unterbrochen wurde. Es handelte sich daher nicht – wie einige Kritiker meinen – um eine staatliche Überreaktion und eine nicht statthafte Strafverfolgung mit militärischen Mitteln,²⁰ sondern um die einzig mögliche Maßnahme der Gefahrenabwehr gegen eine Terrorgruppe, denen ein Staat einen „sicheren Hafen“ gewährte. Dies belegt, dass bei sog. „asymmetrischen Konflikten“ Innere und Äußere Sicherheit untrennbar sind und die Grenzen zwischen polizeilichem und militärischem Handeln zunehmend verschwimmen.

In der jetzigen Phase, in der „Al Qaida“ lediglich eine Katalysatorfunktion für den islamistischen Terror übernimmt, geht die Hauptgefahr von Terrorstrukturen in den Staaten der westlichen Welt aus. Für Deutschland bedeutet dies, dass auch hier jederzeit Terroranschläge von lokalen Terrorgruppen, Netzwerken oder sogar Einzelpersonen drohen, die von den Ideen „Al Qaidas“ beeinflusst und inspiriert werden. Deutschland gilt diesen Gefährdern als Teil der westlichen Welt unter Führung der USA, die der islamischen Welt angeblich feindlich gegenübersteht. Dass Deutschland am Krieg gegen den Irak nicht teilgenommen hat, ist insoweit zweitrangig: Durch seinen militärischen Beitrag zur Stabilisierung Afghanistans hat Deutschland in den Augen der Islamisten hinreichend bewiesen, dass es zu den „Unterdrückern der islamischen Sache“ und den „Handlangern der USA“ gehört.

Ausgehend von den Anschlägen und bekannt gewordenen Anschlagsplanungen der letzten Jahre ist in Deutschland am ehesten mit Sprengstoffanschlägen zu rechnen. Die Bedrohung reicht hier von Rohrbomben über sprengstoffgefüllte Fahrzeuge bis hin zur koordinierten Zündung von Bomben, wie sie bei den Anschlägen auf die Madrider U-Bahn Verwendung fanden; auch Selbstmordanschläge sind denkbar.

Die Terroristen werden bei ihren Anschlägen keine Unterscheidung zwischen staatlichen Funktionsträgern, militärischen Zielen und der Zivilbevölkerung machen. Gerade die Anschläge in Madrid, die unmittelbar von den Parlamentswahlen in Spanien durchgeführt wurden, zeigen, dass gewaltbereite Islamisten unser demokratisches System in zynischer Weise als Begründung für ihre Taten missbrauchen: Da die Bevölkerung durch Wahlen Einfluss auf die Regierung hat, ist sie mitverantwortlich für deren Handeln und hat es sich daher selbst zuzuschreiben, wenn sie von Terroristen dafür „bestraft“ wird.

Die Zielrichtung möglicher Anschläge ist nicht prognostizierbar: Es kann sich um symbolträchtige Bauwerke, Großereignisse und kritische Infrastruktur handeln; die Möglichkeiten sind so vielfältig, dass eine auch nur einigermaßen verlässliche Prognose ausscheidet. Auch dürften potenzielle Anschläge auf einen größtmöglichen Schaden, hohe Opferzahlen und Medienresonanz zielen. Zudem ist die beabsichtigte Beeinflussung politischer Entscheidungen denkbar, nachdem der Anschlag von Madrid Auswirkungen auf den Ausgang der Parlamentswahlen in Spanien hatte und damit letztlich zum Abzug der spanischen Truppen aus dem Irak geführt hat.

Der wichtigste Bekämpfungsansatz bei dieser gewandelten Bedrohungslage stellt die Aufklärung und Zerschlagung der in Deutschland vorhandenen oder neu entstehenden Strukturen gewaltbereiter Islamisten dar. Diese Aufgabe ist schwierig, langwierig, aber nicht unlösbar: Islamistische Terroristen sind nicht unsichtbar, sondern entfalten Aktivitäten, die von den Sicherheitsbehörden und von einer aufmerksamen Bevölkerung wahrgenommen werden können. Deshalb ist es entscheidend, dass man sich von der in der Öffentlichkeit weit verbreiteten Vorstellung verabschiedet, bei den Terroristen handele es sich um so genannte „Schläfer“, die nach Erhalt einer Kampfausbildung nach Deutschland geschickt wurden, wo sie nun legal und unauffällig leben, bis sie unvermittelt einen Terroranschlag begehen. Die Mitglieder von bisher enttarnten Terrorstrukturen in Europa waren vielmehr häufig Kleinkriminelle, die nach ihrer Bekehrung zum Islam den Weg in terroristische Strukturen fanden, und ihr kriminelles Know-how in den Dienst der Islamistischen Sache stellten. Aber auch die Attentäter des 11. September 2001, die als Studenten in Hamburg gelebt haben, entsprechen nach heutigen Erkenntnissen nicht dem Typus des „Schläfers“: Mohamed Atta und seine Mittäter sind erst nach Afghanistan aufgebrochen, um eine terroristische Ausbildung zu erhalten, nachdem sie bereits geraume Zeit in Deutschland gelebt hatten; sie unterhielten Kontakte zu bekannten Islamisten und äußerten in Gesprächen islamistisches Gedankengut. 21

Der Schwerpunkt der Aufklärungsarbeit der Sicherheitsbehörden muss daher darauf liegen, derartige Radikalisierungsprozesse zu erkennen und die möglichen Täter zu neutralisieren, noch bevor es zu Anschlägen kommt. Hierfür müssen die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder noch enger untereinander verzahnt werden. Mit der Schaffung eines „Gemeinsamen Terrorismus-Abwehr-Zentrums“ in Berlin, das diese Arbeit koordinieren soll, ist zumindest ein Schritt in die richtige Richtung unternommen worden.²² Zudem gilt es, Bevölkerung und Hilfsdienste auf die wahrscheinlichsten Anschlagsszenarien vorzubereiten, damit im Ernstfall die Rettungsmaßnahmen so effektiv wie möglich durchgeführt werden können.²³

Auch wenn die Bedrohung in erster Linie vom Inland ausgeht, ist bei ihrer Abwehr der militärische Ansatz noch immer notwendig; er kann sich jedoch darauf beschränken, den Druck auf „Al Qaida“ in ihrem derzeitigen Rückzugsgebiet aufrecht zu erhalten, so dass ihre Handlungsfähigkeit weiter eingeschränkt bleibt. Daneben ist weiterhin ein militärischer Einsatz notwendig, um Afghanistan zu stabilisieren sowie eine Rückkehr und erneute Festsetzung von „Al Qaida“ in ihrem Stammland zu verhindern.²⁴

6. Ausblick

Zunächst sollte nochmals in Erinnerung gerufen werden, dass hier keine Religion unter Generalverdacht gestellt wird: Die Bedrohung unserer Sicherheit geht ausschließlich von wenigen gewaltbereiten Extremisten aus. Auch wenn deren Motivation mit religiösen Versatzstücken untermauert wird, darf die große Mehrheit der gesetzestreuern Muslime nicht mit dieser Minderheit in Verbindung gebracht werden. Gerade eine solche Gleichsetzung würde die Sichtweise der Islamisten, es handele sich um einen Konflikt zwischen Islam und Westen, bestärken.²⁵ Wichtig ist aber auch, dass die große Mehrheit der gesetzestreuern Muslime deutlich macht, dass sie das Handeln der Extremisten ablehnt und diese in ihren Augen keine Rechtfertigung in der Religion finden können. Auf der anderen Seite müssen Staat und Gesellschaft deutlich machen, dass es – im Sinne einer falsch verstandenen Toleranz – keine Duldung von Praktiken geben kann, die unserer Rechtsordnung zuwider laufen: Wer in Deutschland leben will, muss Werte und Lebensweise der einheimischen Bevölkerung akzeptieren und hat nicht das Recht, seine Glaubensvorstellungen über die demokratische Rechtsordnung zu stellen.

Der islamistische Terror wird trotz aller Anstrengungen der Sicherheitsbehörden auch in den nächsten Jahren weitergehen, gleichgültig ob Bin Laden gefasst wird oder nicht. Auch wenn es gelingen würde, die Logistik von „Al Qaida“ völlig zu zerschlagen – was bisher noch nicht gelungen ist –, wird die von der Organisation verbreitete Ideologie fortwirken und dafür sorgen, dass immer neue Personen in die Netzwerke gewaltbereiter Islamisten hineingezogen werden. Diese Entwicklung wird sich in dem Maße verstärken, wie die Staaten der westlichen Welt und insbesondere ihre Führungsmacht USA den Eindruck

erwecken, sie führten einen Kampf nicht gegen einzelne Staaten, die ihre Sicherheitsinteressen bedrohen, sondern ganz allgemein gegen „die islamische Welt“. Der Krieg gegen den Irak im Jahr 2004, für den die USA keine überzeugende Rechtfertigung liefern konnten, sowie die Drohungen gegen Iran und Syrien sind jedenfalls geeignet, das Weltbild der Islamisten zu bestärken, der Westen sei darauf aus, diesem Teil der Welt seine Wertvorstellungen mit Gewalt aufzuzwingen.

Wenn dem islamistischen Terrorismus der Nährboden entzogen werden soll, kann dies nur durch eine langfristige und überzeugende Änderung in der Politik des Westens gegenüber der islamischen Welt erreicht werden: Der Westen muss alle Handlungen und Äußerungen unterlassen, die den Schluss zulassen, er wolle seine Interessen rücksichtslos durchsetzen; er muss den Staaten der islamischen Welt „auf gleicher Augenhöhe“ begegnen und ihre Völker an seinem Wohlstand teilhaben lassen. Letztlich kann es nur so gelingen, die Völker der islamischen Welt für die Demokratie zu gewinnen.²⁶

Fußnoten:

1 Zum Konzept der Organisationsentwicklung vgl. Online-Verwaltungslexikon, Managementbegriffe, www.olev.de/o.htm

2 Besonders deutlich wird dies in der Auflösungserklärung der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) vom März 1998, in der die „Militanten der RAF“ ihr Scheitern feststellen und ihren fast 30-jährigen Kampf für beendet erklärten: Die Erwartung, „dass Kräfte in der Gesellschaft bereit sind, (den Befreiungskampf) aufzunehmen“, hatte sich nicht erfüllt; nachdem auch das frühere Unterstützerumfeld immer mehr abbröckelte, weil ihm die sektiererhaften Aktionen der RAF nicht mehr verständlich waren, sahen sich die Terroristen schließlich in der „Sackgasse“. Als einziger Ausweg blieb die Aufgabe des „bewaffneten Kampfes“ und die Selbstauflösung.

3 Zum Begriff und zur Entstehungsgeschichte des Islamismus vgl. Heine, Islamismus – Ein ideologiegeschichtlicher Überblick, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Islamismus, 2003, S. 7 ff.

4 Vgl. Verfassungsschutzbericht 2003 des Bundes, S. 162; die Zahl der Sympathisanten ist allerdings größer und dürfte etwa das Vierfache ausmachen.

5 Vgl. dazu etwa Farschid, Staat und Gesellschaft in der Ideologie der ägyptischen Muslimenbruderschaft, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Islamismus, 2003, S. 43 ff (68 f).

6 Süddeutsche Zeitung vom 29./30. Januar 2005, S. 2

7 Vgl. Verfassungsschutzbericht 2003 des Bundes, S. 158.

8 „Jihad“ ist ein Begriff mit zweifacher Bedeutung: Neben der kriegerischen Bedeutung (militärische Handlungen zur Verteidigung islamischen Gebiets gegen Angriffe von außen und teilweise auch zur Erweiterung der islamischen Einflussosphäre) bedeutet der Begriff auch die Pflicht, an sich selbst zu arbeiten, um ein besserer Mensch zu werden. Häufig wird in Diskussionen mit Muslimen nur die zuletzt genannte Deutung gelten gelassen und die gewalttätige Seite des Begriffs heruntergespielt oder geleugnet. Wie weit die Idee des bewaffneten Kampfes für die islamische Sache bis in den nicht gewaltbereiten Islamismus hinein verbreitet ist, belegt das folgende Zitat aus der Zeitung „Milli Gazete“ vom 22.7.2003: Danach „wird (ein wahrer Moslem) gegen die Ungläubigen kämpfen, die den Boden der Muslime zu besetzen versuchen. Er wird auch nicht davor zurückschrecken, für den Willen Gottes zu sterben und Märtyrer zu werden. ... Ein Mann, der nicht das Bedürfnis hat, die Faust gegen den Nichtmuslim zu erheben und ihn aufs Auge zu treffen, kann weder im religiösen, noch im terminologischen Begriffe als ein Mann bezeichnet werden“.

9 Diese Formel ist bei genauer Betrachtung allerdings Unsinn: „Terrorismus“ ist - wie z. B. der „Guerillakampf“ - nur eine Taktik in der Auseinandersetzung zwischen zwei ungleichen Gegnern; Kriegsführung kann sich begrifflich nur gegen einen Gegner, nicht aber seine Taktik richten. Kriegsführung gegen Terroristen hingegen erweist sich in der Praxis meist als aussichtslos, weil der Terrorist „aus dem Dunkel“ heraus agiert und daher in aller Regel für militärische Gegenmaßnahmen unerreichbar ist.

Die „Kriegserklärung“ des US-Präsidenten erweist sich deshalb in zweierlei Hinsicht als problematisch: Sie bleibt folgenlos, weil der Gegner nicht getroffen werden kann; sie erhebt den Terroristen, der vor dem Strafrecht nicht anderes als ein Verbrecher ist, in den Status einer Kombattanten und macht ihn damit „ebenbürtig“. Als hilfreich erweist sich militärisches

Vorgehen deshalb meist nur, wenn es gilt, Terroristen wie in Afghanistan sichere Operationsbasen zu entziehen.

10 Z. B. die ägyptischen Gruppierungen „Jihad Islami“ und „Al Gamaa Al Islamiya“, die palästinensische Terrorgruppe „Hammas“, die libanesische Gruppierung „Hizb Allah“ oder die algerische Terrorgruppe „Groupe Islamique Armée“

11 Vgl. dazu die Darstellung von Herfried Münkler, Grammatik der Gewalt. Über den Strategiewandel des Terrorismus, in: Schriftenreihe der J. J. Becker - Gesellschaft (Hrsg.): Neuer Terrorismus Bd 17, S. 5 ff.

12 Vgl. die „Fatwa“ zur Gründung der „Internationalen Islamistischen Front“ vom 23. Februar 1998, in der zum „Jihad gegen die USA, Israel und die Kreuzfahrer“ aufgerufen wird.

13 Vgl. Thamm, Terrorismus - Ein Handbuch über Täter und Opfer, 2002, S. 297

14 Die meisten erhielten eine rein militärische Grundausbildung; nur ein geringerer Teil, der hierfür besonders geeignet erschien, erhielt darüber hinaus eine Unterweisung in terroristischen Taktiken.

15 Diese regionale Führungsebene wurde nach dem 11. September 2001 weitgehend zerschlagen.

16 Zwei der heiligsten Stätten des Islam - Mekka und Medina - liegen in Saudi-Arabien.

17 Die Terroranschläge vom 11. September 2001 zielten daher bewusst auf die wirtschaftlichen, militärischen und politischen Machtzentren des wichtigsten Gegners.

18 Dies gilt insbesondere für den Irak, in den nach Ende des zweiten Krieges gegen Saddam Hussein einige erfahrene Operateure von „Al Qaida“ mit dem Ziel entsandt wurden, den dortigen Kampf gegen die USA und ihre Verbündeten zu organisieren. Die Anschläge in Saudi-Arabien sprechen für eine starke Regionalstruktur von „Al Qaida“; ein Beleg für eine zentrale Steuerung dieser Gruppierung aus der Zentrale ist jedoch nicht belegt.

19 Bemerkenswert war, dass die Audiobotschaft von „Al Qaida“ mit Untertiteln in deutscher Sprache versehen war. Offensichtlich sollte damit ein besonderer Druck auf Deutschland, das sich nicht am Krieg gegen den Irak und an seiner Besetzung beteiligt hatte, ausgeübt werden, seine Truppenkontingente aus Afghanistan und Somalia abzuziehen.

20 Zur Kritik am militärischen Vorgehen der USA vgl. Hetzer, Europa gegen Terror, in: der Kriminalist 2004 S. 332 ff (338). Kritikwürdig ist allenfalls der späte Zeitpunkt der militärischen Intervention, da die Gefahr seit langem bekannt war.

21 Die nach dem 11. September 2001 von der Polizei mit hohem Aufwand durchgeführte Rasterfahndung, mit der weitere „Schläfer“ gefunden und enttarnt werden sollten, musste deshalb ins Leere gehen.

22 Bedauerlicherweise ist das „Terrorismusabwehrzentrum“ des Bundes nur dem Namen nach ein „gemeinsames“: Es besteht aus einem polizeilichen Teil unter der Verantwortung des BKA und einem nachrichtendienstlichen Teil unter Leitung des BfV; der BND ist in den beiden Teilkomponenten nur über Verbindungsbeamte vertreten. Die Gemeinsamkeit besteht vor allem in einer täglich stattfindenden Lagebesprechung, die alle Teile vereint. Trotzdem besteht die Hoffnung, dass sich durch diese Einrichtung die Terrorbekämpfung in Deutschland verbessert.

23 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 19./20. Februar 2005, S. 10.

24 Insofern ist dem deutschen Verteidigungsminister Peter Struck in vollem Umfange zuzustimmen, wenn er feststellt, dass „Deutschland auch am Hindukusch verteidigt“ wird.

25 Die von der Polizei teilweise durchgeführten Kontrollen vor Moscheen sind unter diesem Ansatz eher als kontraproduktiv zu bewerten.

26 Dabei sollte klar sein, dass dies nur ein sehr langwieriger Prozess sein kann, da sich der Islamismus nicht in erster Linie aus wirtschaftlicher Not speist, sondern aus der geistigen Auseinandersetzung zwischen zwei widerstreitenden Prinzipien, der Verwirklichung des „reinen Islam“ in Staat und Gesellschaft einerseits und den westlichen Werten andererseits. Der zwischen den deutschen Parteien äußerst umstrittene Beitritt der Türkei zur Europäischen Union (EU), die in der islamischen Welt als geschlossener „Christenclub“ wahrgenommen wird, könnte der Anfang einer solchen positiven Entwicklung sein: Sollte es gelingen, dieses mehrheitlich islamisch geprägte Land in die EU zu integrieren und den Lebensstandard seiner Bevölkerung deutlich zu heben, könnte dies ein überzeugendes Gegenargument gegen die Polemik der Islamisten und ein Gegenentwurf für den militärisch ausgerichteten Unilateralismus der USA sein, der auf die Befindlichkeiten in der islamischen Welt wenig Rücksicht nimmt.

